

Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg

www.hamburgasyl.de

PRESSEERKLÄRUNG

Hamburg, 9.12.2005

Zum *Internationalen Tag der Menschenrechte*: **Suchet der Stadt Bestes.....**

Wir suchen als Kirche der Stadt Bestes, wie es im Prophetentext heißt. Wir sitzen nicht anklagend hier, sondern in Sorge um die Vorgänge, die sich um die Hamburger Ausländerbehörde abspielen.

Nicht erst anlässlich der rechtswidrigen Abschiebung des Ehepaares Malekzai und von Frau Qiam, afghanische Flüchtlinge aus Hamburg, die am 7.12. wider ein gerichtliches Abschiebungsverbot nach Kabul deportiert worden sind, stellen wir fest, dass immer mehr Menschen sich verunsichert und hilfeschend an uns wenden und sind verwirrt und ängstlich zwischen Bleiben und Abschiebeandrohungen. Es fehlen vertrauensvolle öffentliche Stellen, an die man sich fragend wenden kann. Kirche kann hier keine Lücken schließen.

Als Kirchliche Flüchtlingsarbeit und als Nordelbische Flüchtlingspastorin mahnen wir am diesjährigen *Internationalen Tag der Menschenrechte* (10. Dezember) einen anderen Umgangsstil der Ausländerbehörde in Hamburg mit ihrem Klientel an.

Wir haben in den vergangenen Jahren bei verschiedenen öffentlichen Hearings nachgewiesen, dass die Selbstkontrolle der Behörde nicht greift, sondern es immer wieder zu systematischem rechtswidrigem Vorgehen gegen Flüchtlinge und ihre Familien in den vergangenen Jahren kam (www.hamburgasyl.de).

Ehrenamtliche Begleiter wenden sich hilfeschend an die Kirche und berichten über harte Methoden der Hamburger Ausländerbehörde. (All dies ist auch in dem Film "Abschiebung im Morgengrauen", der den diesjährigen ARD-Civis-Preis erhielt, dokumentiert. Der Dokumentarfilm wird am 14.12.2005 einmal mehr vom Sender Phönix ausgestrahlt).

Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, Kinder werden durch diese Behandlungsmethoden in Angst versetzt und krank gemacht. Allein im letzten halben Jahr häuften sich die Seelsorgefälle, die suizidal wurden angesichts dieser gegen Flüchtlinge in Hamburg gerichteten Vertreibungspolitik. Rückenwind bekommt diese Entwicklung durch die heute in Karlsruhe zuende gehende Innenministerkonferenz, in der eine Minderheit von „Verhinderungsministern“ aus Hamburg, Niedersachsen und Bayern eine von Juristen, migrationspolitischen Fachleuten und ebenso von inzwischen zahlreichen Innenpolitikern anderer Bundesländer geforderte Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge erfolgreich blockierte.

Statt den positiven Spielraum des neuen Zuwanderungsgesetzes zu nutzen, um endlich auch geduldete Menschen einen Aufenthalt zu gewähren, wurde der Abschiebungsdruck noch erhöht. Dies ist eine teure und verschwenderische Politik angesichts leerer Sozialkassen in einer reichen Stadt, da die meisten hier lang lebenden Menschen und ihre Familien nichts lieber wollen, als hier zu arbeiten und in die Sozialkassen einzuzahlen. Statt dies zu ermöglichen, wird weiter mit Arbeitsverbot und rigiden Methoden so lange gearbeitet,

bis Menschen aus Angst abtauchen und in der Schattenwelt der Illegalität leben. Sie dann zu kriminalisieren, ist ein Leichtes.

Ausschließlich Beratung für die sogenannte "freiwillige Rückkehr" in dieser Stadt nur noch zu finanzieren und dann Menschen erpresserisch unter Druck zu setzen, dies als letztes Mittel statt Abschiebungshaft zu nutzen, konterkariert jedes auf echte Freiwilligkeit und Selbstbestimmung setzende Rückkehrförderungsprojekt.

Auch Mitarbeitende aus der Hamburger Ausländerbehörde macht der Stil krank und lässt viele verzweifeln oder abstumpfen. Nur noch den Erfolg sehen zu können, in "abgeschobenen Fällen" und nicht mehr humanitäre Gründe berücksichtigen zu dürfen und das seit Jahren, ist auch der Mitarbeiterschaft gegenüber inhuman.

- Wir fordern die verantwortlichen Politiker dieser Stadt auf, ihre Verpflichtung Ernst zu nehmen und die Praktiken der Ausländerbehörde genau zu untersuchen.
- Wir fordern auf, rechtsstaatliche Grundsätze zu achten.

Diese Stadt ist eine weltoffene Stadt und sollte endlich in der Integrations-, Migrations- und Flüchtlingspolitik zu einem verantwortbaren Stil zurückzukehren, der sich an den Menschenrechten, an internationalen Verpflichtungen, am Grundgesetz und an den eigenen Traditionen messen lassen kann.

gez. Martin Link
AG Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg
mink@dwniendorf.de
www.hamburgasyl.de